

Saale-Zeitung.

Merken die Spaltbreite oder deren Raum mit 20 Bl. - solche aus Halle mit 15 Bl. berechnet und in der Expedition...

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle wöchentlich 2,50 M., bei postregulärer Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., pro monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren...

Nr. 589.

Saale, Freitag den 17. Dezember.

1897.

Deutsches Reich.

Sofe- und Personalnachrichten.

Berlin, 16. Dez. Die Kaiserin, die seit mehreren Tagen krank erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Prinz Heinrich's Absicht und die deutsche China-Politik.

Die Absicht des Prinzen Heinrich nach Ostasien und die bei dieser Gelegenheit geschehenen Anekdoten des Kaisers und des Prinzen finden eine lebhaftes Besprechung. Die Nord-Allg. Ztg. widmet dem scheidenden Prinzen u. a. folgende Worte:

Die Kaiserrede aber, die unseren Lesern im Vorblatt schon bekannt ist, wird u. v. von 'Nat.-Ztg.' wie folgt beurteilt:

Mit dieser Rede des Kaisers ist die deutsche Völkergemeinschaft in China endlich vollzogen, und zwar, wie man wohl annehmen darf, auf Grund internationaler Beziehungen...

Dahingegen meint die demokratische 'Völkzsg.':

'Der vom Kaiser angeordnete Sok. Reichsgesamt bedeutet Segen' zeigt die Wege an, auf denen sich die Erweiterung der deutschen Reichspolitik zur Weltpolitik in dem Sinne...

Die Absicht des Prinzen Heinrich selbst und die übrigen Ereignisse dort gestaltet sich, wie Deutsche aus Kiel und Rendsburg vom Donnerstag zeigen, folgendermaßen:

Kurz nach 8 Uhr früh verließ der Kreuzer 'Gefion' den Hafen von Kiel unter dem Kommando des Vizeadmirals von Holtzendorff...

Die erste Panzerdivision unter dem Kommando des Vizeadmirals von Holtzendorff ist Donnerstag nachmittag durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Wilhelmshafen in See gegangen.

Während die kaiserliche 'Gefion' bereits mittags hier ankam, wurde sich die Erwartung der ankommenden Kaiserin auf den Kaiser in Rendsburg wieder von dort noch berichtet:

Wie weiter gemeldet wird, traf der Kaiser gestern (Donnerstag) abend 7 1/2 Uhr zum Besuche des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein und nahm daselbst einen einständigen Aufenthalt.

Die Begleitung des Kaisers durch den Fürsten Bismarck, so meldet ein späteres Telegramm, fand im ersten Salon des Schlosses statt.

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß zwischen Berlin und Petersburg über die Mission in China eine Aussprache und Vereinbarung mindestens nicht in jenem Umfange vorliegt...

Das Reichsregiment würde in Förderung der Politik der Durchsetzung des europäischen Friedens alle zu seiner Verwirklichung dienliche Mittel anwenden, um eine Verständigung zwischen Deutschland und China herbeizuführen...

Wenn der russische Staatsmann sich wirklich so geübt haben sollte, so würde sich allerdings eine sehr vermehrte diplomatische Perspektive eröffnen, die zu durchsichtigeren als großer staatsmännischer Kunst bedürfte.

Der japanische Gesandte in Paris, Turino, über Japans Haltung angesichts der Occupation von Kiautschow befragt, antwortete wie folgt:

Japan werde keinen Schritt unternehmen, ohne mit den an den Angelegenheiten Ostasiens interessierten europäischen Mächten in Verbindung genommen zu haben.

Die Weltwirtschaftsreform im Reichstage.

Aus Berlin, 16. Dez., schreibt man uns: Nachdem man sich heute in dem sehr leeren Hause noch über zwei Stunden mit dem bereits zu Ende gegangenen Tag beschäftigt, gelangte der Reichstag endlich zur Verathung der Militär-

finanzprozess-Ordnung. Wenn die Temperatur, die aus den Ansprüchen des Reichstages und des Kriegsministers heraus wehte, maßgebend wäre für die Annahme oder Ablehnung des Entwurfs, so würde er sicherlich nicht unter Dach und Fach kommen.

Über das kaiserliche Referat trat in der Frage des bayerischen Militärgerichtshofes entspann sich nunmehr eine sehr interessante Kontroverse.

Wenn wir das Facit aus der heutigen Verhandlung ziehen, so ist es zu unserem lebhaften Bedauern derartig gestaltet, daß die Hoffnungen auf ein Zustandekommen der Reform vorläufig auf einer recht niedrigen Stufe verweilt zu sein scheinen.

Wagenmangel.

XX. In den Braunkohlenrevieren, so schreibt man uns, haben sich während der Woche von 6. bis 11. d. die Verhältnisse in der Wagenstellung endlich auch merklich gebessert.

Im Direktionsbezirk Kassel hatten am 6. d. Station Gerode 30 Proz. Station Jöhndorf 75 Proz. (von 4 Locomotiven 3 Stück) und am 9. d. Station Trillendorf 20 Proz. Ausfall.

mangel Klage führen zu müssen. Hauptsächlich wird in der Zukunft die Staats-Eigenverwaltung sich frei nach ihren Bedürfnissen entwickeln können.

Parlamentarischer.

• Unter den Mittelungen über die Entscheidungen des Bundesrats, die den Reichstag zugehen, sind von aktueller Bedeutung die beiden über das Jesuitengebiet und die Aufhebung des Verbots der Koalition öffentlicher Vereine. Letzteres heißt es: die Entscheidung des Bundesrats sieht noch aus. Wie bekannt, hat das Centrum seinen Protest erneuert und national-liberalerseits ist erneut das Mehrheitsgebot eingetracht, auf dessen Erledigung noch in dieser Session nach der „Nat. Rev.“ mit allem Nachdruck getrieben werden soll.

• Der zweite Bundesrat, dessen Zustimmung der Militärstrafprozessentwurf nicht gefunden hat, ist — Reus & P.

• Die 4. Abteilung des Reichstages hat die Affen über die Wahl des Abg. Schulz-Vierlin (Hr. Sp.), der im 1. Wahlkreise des Regierungsbezirks Potsdam (Wahlbezirk 1) die Stelle des zum 1. Oktober 1893 abgehenden Reichstagsabgeordneten v. Roddeker gewählt wurde, zur weiteren Prüfung der Wahlprüfungskommission überwiesen, da eine Anzahl eingegangener Petitionen zu erledigen ist.

Parteilichkeiten.

• Eine eigenartige Sammelpolitik treiben die Konserverativen in den polnischen Landestheilen. Das „Nat. Ztbl.“ berichtet darüber folgendes:

Nachdem bei den letzten Wahlen zwei Kreise, die Jahrzehnte lang von deutschen Abgeordneten vertreten waren, den Polen angefallen sind, Bromberg und Schwab — letzteren die Konserverativen unter dem Kommando, das Bördlingen des Polentums zurückzugeben zu wollen, die Einigung aller Deutschen.“ Das darunter weiter nichts zu verhehlen ist als die Zustimmung aller Parteien zu konserverativen Kandidaten, gegen die Vorgänge der letzten Wahlen, namentlich in Schwab. Dort bestand eine alte deutsche Organisation auf der Grundlage, abweichend einer Konserverativen und einen Liberalen in den Reichstag zu schicken. Wenn nun auch die Konserverativen bisher diese Bedingung niemals erfüllt haben, so bieten sie schon ihr bloßes Vorhandensein für gefährlich und schäufeln vor sich „Lagen einer neuen „Organisation“, in der die bisher bestehende Verhältnisse aufgegeben werden. Diese Umwälzung ist um so auffälliger, als schon bei den letzten Wahlen die Liberalen gegen den stets wiederholten konserverativen Vertriebsversuch kräftig Widerstand erhoben. In Bromberg ist die Einigung der Deutschen ebenfalls. Es wird also in beiden Angelegenheiten zur Ableitung zweier deutschen Kandidaten, eines konserverativen und eines liberalen, kommen und damit die Erreichung des von den Konserverativen angelegentlich angestrebten Zieles von vornherein verhindert werden.

• Nachdem in Breslau die national-liberale Partei den Antrag des deutsch-konserverativen Wahlbezirks behufs Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens aller nichtsozialistischen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen abgelehnt hat, werden nunmehr in Breslau oder Bromberg nach je drei verschiedenen Kandidaten der Wählervereine, die sich um die beiden Mandate der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei, die liberale Partei, die Konserverativen, die Centrum- und die Deutsch-liberale Reformpartei bewerben werden.

• Die vereinigten national-liberalen und freisinnigen Wähler des Kreises Saargraffen haben als Gegner eines Einmündigen Kandidaten den Landbesitzer Graf v. Salmann in Braunsberg für den Reichstag aufgestellt.

• In einem in Alt-Litauen abgehaltenen Versammlung der freisinnigen Volkspartei wurde ein Beschluß zu Gunsten eines Zusammenschlusses der beiden freisinnigen Parteien in Schleswig-Holstein bei den nächsten Wahlen gefaßt.

• Wie man weiß, hat im präsidialen Reichstagswahlkreise Domburg-Rußel eine national-liberale Wählervereinsversammlung einmündig den Oberbürgermeister v. Böhmer gegen als Ersatzkandidaten gegen den Kandidaten Zude-Petershausen aufgestellt.

Sozialwirtschaftliches.

• Die Verhandlungen über die internationale Aufhebung der Zuckerausfuhrprämien sind noch nicht so weit gediehen, daß die Vertagung einer Konferenz in Aussicht genommen werden könnte. Daß die Vertagung der Konferenz nach Paris erfolgen werde, ist nach dem „Hamb. Kor.“ um so unwahrscheinlicher, als die Stellung Frankreichs bezüglich der französischen Zuckergesetzgebung eine Verständigung mit ihm sehr erschwert.

• Einem gestern gefaßten Beschlusse des Bundesrats zufolge sollen, um dem in neuerer Zeit häufiger gewordenen Mangel an Raum in Reichsbank-Hausen den Bedürfnissen bis zur Höhe von 20 Millionen Mark unter Vertheilung auf sämtliche deutsche Königreiche entgegen zu werden und die hierdurch entstehenden Mehrkosten auf die Reichskasse übernommen werden. Ferner sollen, um den wachsenden Bedürfnissen nach silbernen Scheidemünzen nachzukommen, etwa 16 Millionen Mark in silbernen fünfmarkigen, etwa 8 Millionen in zweifelmünzen und etwa 4 1/2 Millionen in einmarkigen geprägt werden.

Bewaltung und Reichstags.

• Der Reichsbank-Präsident Dr. Koch bezieht sich am Freitag nach Duisburg, um das dort unter Leitung des Professors Stiller aus Düsseldorf neu errichtete Geschäftsgebäude der Reichsbankstelle feierlich zu eröffnen. Demnach wird er auch die ebenfalls am 20. Dezember in den Betrieb übergehenden neuen Zweiggebäude der Reichsbank-Kassenstellen zu Nürnberg und München am 2. März in Augenschein nehmen. Bei diesen Gelegenheiten werden die industriellen Verhältnisse des Industriegebietes einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

• Die neue Fraktion der Linken der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, folgenden Antrag in der Versammlung einzubringen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: auf den städtischen Friedhöfen der März 1893 in einem Friedhof einen würdigen Denkmahl zu errichten mit der Aufschrift: „Dem Andenken der am 18. März 1848 Gefallenen die Stadt Berlin.“

Schule und Kirche.

• Die Berl. Vol. M. schreiben: Während dem Wunsche der Professoren der Jurisprudenz, das Rechtsstudium über sechs Semester hinaus verlängert zu sehen, seitens der Staatsregierung wenigstens so lange die Erfüllung verweigert werden mußte, als eine Vertikung der Zeit der praktischen Vorbereitung, welche jetzt sowohl für die Juris als für die Rechtswissenschaften, nicht ausgenügt erscheint, hat nunmehr die evangelische General-synode den Vorschlag des Kirchenregiments, die Wundzeit für das Studium der evangelischen Theologie auf sieben Semester zu verlängern, abgelehnt, so daß es auch hier bei dem Triennium verbleibt. Mit Rücksicht auf den jetzt zunehmenden Umfang der evangelischen Theologie ist anzunehmen, daß auf der sehr bedauerliche Beschluß gefaßt worden, daß auf das

Triennium die Zeit des einjährig-zweijährigen Dienstes nicht angerechnet werden. Somit fällt die Wundzeit für die Studienzeit fällt, verlängert sich die Wundzeit für das Studium der evangelischen Theologie, welche bisher in sechs Semestern bestimmt waren, werden auch dafür, die Wundzeit auf das Triennium für das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften nicht anrechnen zu lassen. Sechs Semester für dieses Studium, wie allezeit anerkannt wird, in jedem Sinne ein Wundzeit, d. h. es kann auch ein begabter Student in dieser Zeit nur sechs Semestern, wenn er sich nicht ausbietet. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß der Beschluß der berufenen Organe der evangelischen Landeskirche, die Wundzeit auf das akademische Triennium nicht anrechnen zu lassen, die gleiche Maßregel betreffend des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften zur Folge haben wird.

See- und Marine.

• Zu der gestrigen neuerworbenen Meldung, wonach die vom Vize-Admiral v. Prützke in Vortau-Prince zu ihren Schiffen zurückkehrenden Offiziere in den Straßen insulirt worden waren, bemerkt die „Nordst.“ heute, daß von einer solchen Insulierung der Offiziere in Vortau-Prince in Berlin am morgigen Tage nichts bekannt ist.

• Zu Ehren des Premierlieutenants v. Ruffamer ist jetzt das Cental-Commando in Weg vom königlichen Landgericht in Verden ernannt worden, welches drei Monate lang gegen den genannten Offizier zu verfahren, da er der gerichtlichen Anklage, der Mörder des Königs der Parteien auszusprechen, nicht nachgegeben hat, es vielmehr andauernd verweigert hat.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

12. Sitzung vom 16. Dezember 12 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Bundeskanzler: Graf v. Posadowski, v. Götze u. a. Das Haus beschloß zunächst entsprechend dem Antrag der Gesundheitskommission, das Mandat des Abg. Pasch (rechtl.) durch eine Berufung als stattdesiger Professor der technischen Hochschule zu Berlin für nicht erfolgen zu erklären.

Darauf beschäftigt sich das Haus mit der Beratung des Gesetzentwurfs, betref. die Kontrolle des Reichsbankausfalls für das Geschäft 1893/94.

Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Sodann wird die erste Beratung des Etats fortgesetzt, nachdem Präsident v. Woll darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Erörterung bereits den aufmerksamen Blick auch ein anderer wichtiger Gegenstand vorzuziehen der Erledigung bedürfe.

Abg. Dr. Förster (Antst.) tritt für ein Verbot der Subvention ein, wird aber vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß dieser Gegenstand nicht auf der Tagesordnung liege. Mehrere bemerken, daß der Bundesrat so wenig die Wünsche und Resolutionen des Reichstages berücksichtigen, wie sie auch vor allem von dem Betrage und Fragegebern für die Reichstagsabgeordneten, vom Landbesitzer und von der Erhöhung der Gehälter der Landbesitzer. Auch liege die Frage der Aufhebung des Impulsgeldes vom Bundesrat nicht nicht genügend geprüft worden, ebenso würden die Resolutionen der Wählervereine nicht berücksichtigt werden. Es wird gewünscht, daß die Fragen der auswärtigen Politik hier ein solches tangere sein. Das sei nie so gewesen, auch nicht zur Wismar-Konferenz. Wir hätten wohl die Pflicht, unseren Stammesgenossen im Ausland unsere Sympathien auszusprechen. Er protestiere gegen die Angriffe des Abg. v. Sodenberg auf die Rechte der Reichstagsabgeordneten, wie sie weniger als Freunde vertritt, sondern auch Vorkämpfer seien. Zur jetzigen Regierung haben wir mehr Vertrauen als zur früheren, auch zur Führung der auswärtigen Angelegenheiten; möge sie vor allem gegen Südamerika wegen des Bruchs des Handelsvertrages energischer auftreten und auch gegen Brasilien. Kaiser Wilhelm I. habe die Rechte der Reichstagsabgeordneten nicht in den Händen der Reichsregierung übergeben zu lassen. Man sei es jetzt Zeit, zu erinnern.

Präsident v. Woll rügt einen Ausdruck des Redners, daß der frühere Abgeordnete v. Roddeker in einer Rede hochverrätherische Politik getrieben habe.

Unterhausleiter v. Woll: Ich muß mich entschließen, die Verwendung einzulegen gegen die Art und Weise, in welcher der Vortrager der erhabenen Person unerschuldigen und verbündeten Kaiser Franz Josef von Österreich gedacht habe. Eine weitere Kritik liege ihm selber nicht zu.

Abg. Dr. Fischer (Hr.): Das Verhalten der Abg. Woll und Förster, durch ihre Angriffe auf die Reichstagsabgeordneten bezüglich der Stimmverteilung heranzuführen, sei vergeblich. Die genannte Klarheit würde ich schon zu rechter Zeit erhalten. Wir verlangen eine sorgfältige Prüfung und eine Aufklärung der öffentlichen Meinung, die dieser Aufklärung noch sehr zu bedürfen scheint. Bezüglich der Auswärtigen des Reichstages, die die Förderung der sozialen Reformen verweigern zu lassen. Das Centrum werde Antz über die gewerliche Arbeiterbeschäftigung und über Berufsvereine einbringen. Gegenüber den Vordrängen in Österreich wolle er hervorheben, daß der deutsche Reichstag nicht der Platz für Sympathieausdrücke sei und sich nicht um die Interessen der inneren Angelegenheiten auswärtiger Mächte kümmern dürfe. Die Zurückhaltung empfinde ich um so mehr, wenn es sich um einen empfindlichen Staat handle und um die Person eines ehrwürdigen Monarchen. Wir können gar nicht sagen, welche Schwierigkeiten solche Fundgebungen nicht nur der Regierung, sondern auch gerade den Deutschen in Österreich bereiten können. Unsere Sympathien für die nicht zum deutschen Reich gehörigen Deutschen stehen außer Zweifel, aber sie dürfen sich nicht zu Erklärungen im deutschen Reich verdrängen. Er wolle nur bemerken, daß den parlamentarischen Kampfmitteln der Deutschen in Österreich im Interesse des Parlamentarismus nicht ausgenutzt werden können. Seine Partei verfolge die Revolution im Parlament sowohl wie auf der Gasse. Gerade diejenigen, die über unterdrücktes Volkstum im Ausland sagen, seien es, die in Deutschland ein Volkstum unterdrücken. Wie habe man f. B. deutsche Völkche unterdrückt und über die Grenzen getrieben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf v. Limburg-Sturium (M.) wendet sich gegen die Behauptungen des Abg. Woll bezüglich der Unterführungen für die Leberchimmerten. In Schlesien sei gar keine, was gefaßt wurde und daher konnte man nicht behaupten, wenn man gerecht sein wollte. Zur Abwendung der Leberchimmertumgefahr habe man in Preußen gethan, was irgend möglich. Hier werde aber ein Gegenstand der Beschäftigung der Arbeiter, um im Lande den Glauben zu erwecken, nicht erklären, nicht schlecht bei uns sei. — Er müsse die Heranziehung der österreichischen Verhältnisse zurückweisen, noch mehr aber die der Person Kaiser Franz Josef's, der eine so schwierige Stellung und in langjähriger Regierung sich eine so große Bekantheit und Erfahrung erworben habe. Die Sympathien für unsere deutschen Stammesgenossen haben wir, aber auch sie seien nicht frei von Schuld und leiden unter den Sünden früherer Staatsmänner, wobei er an die Wiener Wundzeit erinnerne. Außerdem haben die Deutschen das begehren, die Machtbeschnitte der österreichischen Krone zu schwächen und den Parlamenten zuzunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Gegenüber dem Abg.

Dr. Woll solle er darauf aufmerksam machen, daß er gesagt habe, daß wir unsere sozialpolitische Gelegenheit nicht füttern wollen, sondern beschränken, daß wir aber zunächst die politischen Verhältnisse voll anwenden wollen. Bedenklich ist es aber, alle Elemente Deutschlands politisch zu befechtigen, sonst wäre man das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollständig. Ein abschließender Stillstand in der sozialen Gelegenheit sei nicht eingetreten, seit er das Reichsamt des Innenministeriums über die Militärrückführungsreform noch in erster Lesung eingeleitet. (Reichstagsler Fürst v. Hohenhausen ist inwärtigen im Centrum.)

Abg. Woll (Hr. Berg): Er verziehe auf eine Erwiderung oder Angriffe, um das Haus nicht zu verhindern, in die Ferien zu gehen, nachdem es die Militärrückführungsreform noch in erster Lesung eingeleitet. (Reichstagsler Fürst v. Hohenhausen ist inwärtigen im Centrum.)

Abg. v. Götze (Hr. Woll) weist die Angriffe des Abg. Förster auf die Polen und Herrn v. Roddeker zurück, der niemals eine hochverrätherische Rede gehalten, auch dazu nicht fähig sei. Angehörige der Sympathieausdrücke für die Deutschen in Österreich müsse er erklären, daß Graf Woll ein sehr gerechtes und ehrenvoller Minister seines abgeschätzten Kaiserlichen geworden sei. Er habe alle Verhältnisse nicht gesehen und habe die Ansichten des Kaisers vor dem Parlament vertreten.

Abg. Dr. Woll (Hr.): Er könne die Angriffe des Abg. Woll nicht unentwärtig lassen, obwohl ihm die persönlichen Angriffe nicht zur Ehre gereichten. Herr Woll habe ihm Dinge untergeschoben, die er nicht behauptet habe. Die Revolution sei eher zu viel von der Sozialdemokratie, welche mehr als ihr lieb sei. Er habe Zahlen vorgeführt, die beweisen, daß die Löhne dadurch nicht ganz oder zum größten Teil von den Arbeitern getragen werden. Herr Woll in seiner großen Bekantheit habe auch denselben Hissen natürlich ganz andere Schlüsse gezogen. (Beifall.) Er hätte die Lage der Arbeiter als so ungünstig geschätzt, daß es zum Wenden war. Arbeitgeber und Arbeiter seien gleichberechtigt, vielmehr zum erstere mehr als ihre Pflicht.

Abg. Woll (Hr.): Er verziehe sich gegen verschiedene Unterführungen des Vortragers, der zum Teil Dinge verhalten habe, die man sonst im Schrein des Verstandes verwerfe. Man könne sich auf Bräutigam gewisser Schwärmer, die auf dem Wege der Arbeiter in Tausenden von Exemplaren vertheilt werden, selbst anheftend des Deutschen Reiches. In die Statistik des Herrn Woll seien Tausende von angeblichen Arbeitgebern aufgenommen, die gar nicht mehr als selbständige Existenzen zu existieren seien. Die Lage der Arbeiter und Bauern sei einseitig schillernd. Wenn die Arbeitervereine, die auf 1 Proz. entfielen, müßten die Unternehmer ja längst bankrott geworden sein.

Abg. Förster (Antst.): Wenn auch sein Aufstehen bezüglich der Deutsch-Österreichischen hier Widerspruch geltend habe, den er auch nicht verweigern habe, so habe er doch zugestimmt, eine Pflicht erfüllt zu müssen, indem der Deutsch-Österreichischen keine Sympathie ausgesprochen habe.

Damit schließt die Diskussion. Die Haupttheile des Etats gehen an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung der Militärstrafprozessreform.

Reichstagsler Fürst v. Sodenberg: Meine Herren! Am 18. Mai v. J. habe ich an dieser Stelle die Vorlage des Entwurfs einer Militärstrafprozessreform in Aussicht gestellt mit dem Hinweis, daß derselbe — vorbehaltlich der durch die militärischen Einrichtungen bedingten Beschränkungen — auf der Grundlage der Reichsentscheidungen eingeleitet werden würde. Dem entspricht der Inhalt der heute vorliegenden Vorlage im wesentlichen im Gegensatz zu dem bisherigen schriftlichen Entwurfungsprozess ein mündliches unmittelbares Verfahren ein; er trennt die Aufgaben des Richters, Anklägers und Verteidigers; er gleicht den Richtern das Recht der freien Beweiswürdigung und gewährt die Beschränkung der Befehle und der Verurteilung. Die Beschlüsse entfallen erlangt und in voller Selbständigkeit über Aufträge und Strafe. Die Ständigkeit der Gerichte ist in höherem Maße gewährleistet, die Verschlebung in weitem Umfange ausgeschlossen. Die Hauptverhandlungen sind grundsätzlich öffentlich; wie im bürgerlichen Strafprozess für die Öffentlichkeit aus Rücksicht auf das öffentliche Wohl ausgeschlossen werden, was als weiterer Vorschlagsgrund noch tritt die Gefährdung militärischer Interessen, insbesondere der Disziplin. — Ein oberes Militärgericht sichert die übereinstimmende Auslegung und Anwendung der Gesetze. M. v. Woll hat sich nicht zu sagen, daß der Entwurf auf mehreren Reichsentscheidungen angefaßt ist. Eine weitere Anbahnung an die Formen und Grundzüge des bürgerlichen Strafprozesses verbietet die Rücksicht auf die Einrichtungen der Armee und auf die Aufrechterhaltung der Disziplin. Die Disziplin ist der Grundpfeiler, auf dem die Tüchtigkeit eines Heeres beruht; eine Militärstrafprozessreform die die Disziplin gefährdet, ist deshalb keine Verbesserung enthalten, welche im Gegenteil die Gefährdung geeignet ist.

Die verbündeten Regierungen glauben in dem Entwurf die richtige Lösung gefunden zu haben für die schwierige Aufgabe, das bisherige Verlangen zu reformieren, ohne Stoffhaft und Nicht im Wege zu schädigen. Wir erwidern weiter in der Beschleunigung eines gemeinsamen Heeresverfahrens für das ganze Reich, die Beschlüsse der Reichsentscheidungen zu regeln. In An Se, meine Herren, richte ich die Bitte, den Gesetzentwurf mit Wohlwollen zu prüfen; wollen Sie sich dabei gegenwärtig halten, daß die Vorlage nicht zustande kommen konnte, ohne daß des großen zu erzielenden Zweckes halber von den Montingensbeeren auf bedeutende Rechte verzichtet worden wäre. Ihrer Beschleunigung verzeihe ich, daß Sie dem Zustandekommen des Reichs sein Hindernis bereiten werden durch die Unterdrückung von Wünschen, denen die verbündeten Regierungen nicht zustimmen in der Lage sein würden.

Reichstagsminister v. Götze: Er wolle den Ausführungen entgegenstellen, welche im Sommer in der Presse über die Militärstrafprozessreform erfolgt, habe aber als Erst dafür den Reichstag zu danken, daß er sich nicht durch die Presse in seiner Stellung berufen wurde, habe ihm seine Majestät die Förderung der Militärstrafprozessreform besonders an das Herz gelegt, dazu hat der Etat und der Senat. Die Ausarbeitung der vorliegenden Gesetze liege die allergrößte Aufmerksamkeit und habe viel Mühe gemacht. Er habe bestimmten Beschluß erlassen, daß das Haus den Reichstag zu danken, daß er sich in dem Verzeihen auf anderen Wünschen beruht, namentlich auf Anträgen, die die Vorlage übertragenden Heerführern, sei unrichtig. Auch für die Flottenverträge solle der Entwurf sein Vorhaben sein. Allerdings gebe die Armee ungenügend das Gute an, das sie besitze, und die Grundlagen, auf denen sie beruhe, können nicht weiter bestehen. Sollten durch eventuelle Abänderung des Entwurfs die Grundlagen erschüttert werden, werden die verbündeten Regierungen gewarnt sein, die Vorlage abzulehnen. Ein solcher Schritt des Reichstages würde ihre verhängnisvoll sein. Der Reichstag habe hier vor einer zweiten großen gefaßten Aufgabe, ähnlich wie beim bürgerlichen Strafprozess, mich bitten sowohl der Beschleunigung wie der

Armeen zum Nutzen gereichen.

Abg. Gröber (Centr.): Das Centrum habe es mit Freuden begrüßt, daß dem Reichstage diese Vorlage noch so langen Verzögerungen entgegengebracht worden ist. In der Vorlage sind die guten Willen, die sich einfinden und klar zeigen, ein abgeschlossenes Ganzes. Aber diese Militärreformordnung sei zu selbständig und zu verschieden dem bürgerlichen Strafrecht, um sie gutzuheißen. Sie beruhe in dieser Hinsicht sogar über die Grenzen der Reichsgerichtsbarkeit hinaus. Die Abänderung der bürgerlichen Militärgerichtsbarkeit habe über die Grenze der bürgerlichen Gerichtsbarkeit hinaus, die schon ein besseres Militärreformgesetz haben, wie Bayern. Dessen könne man nicht zuzunehmen, ihr besseres aufzugeben. Der Entwurf müsse also, um brauchbar zu erscheinen, in sehr vielen Punkten die Grundzüge der Militärreformordnung zu sehr ausgedehnt werden, der Kreis der ihr unterworfenen Personen ein zu großer, fast noch größer als der jetzt der preussischen Militärreformordnung unterworfenen. Das Lob: gewandt der Militärreform über die Civilgerichtsbarkeit sei zu groß, nicht einmal an die Entscheidungen der Reichsgerichte, sondern an die Entscheidungen der Landesgerichte. Nach bedenklicher ist die Ausdehnung der Kompetenz der Militärgerichte auf Verurteilungen, welche vor dem Eintritt in die Armee begangen seien. Das könne man weder in Bayern noch in Württemberg und werde zu unerschütterlichen Zuständen führen. Genauso sollen Handlungen von Militärpersonen abgeurteilt werden, welche vorher bürgerlich, wie die Armee ausgeübt sei, bezüglich Verurteilungen gegen frühere Vorgänge. Hier würden gewiß auch die bürgerlichen Gerichte ausreichende Schutz gewähren.

Zu der Vorlage laude der Reichsgericht auf, der sonst nur in den historischen Besätzen der Reichsgerichtsbarkeit gehöre, und zudem seien ihm außerordentliche Befugnisse übertragen worden. Seine politischen Freunde erkennen das Reichsgericht als Bayerns in der Frage des obersten Militärgerichts Hofes an und werden einen dahingehenden Antrag in der Kommission stellen. (Gürt, hört.)

Der Ausschuss jedes Zweites sei den Standgerichten ein höherer Rang zu geben, die bei den Strafgerichten könnten die Ausschüsse von den Richtern überstimmt werden. Die Ständigkeit der Gerichte sei durch die großen Stimmänderungen nicht in genügender Weise gewahrt, ebenso wie die Selbstständigkeit. Die Befugnisse der Gerichte seien zu weit ausgedehnt. Aber er wisse nicht, was für ein Interesse sein solle, wenn die Befugnisse der Gerichte zu weit ausgedehnt werden. Der Ausschuss der Öffentlichkeit gebe zu weit aus Gründen der Disziplin, darunter könne man schließlich alles bringen. (Gürt richtig! links.) Das Schlimmste aber sei die Einwirkung in der Wahl eines Verteidigers. In Bayern dürfe die Angelegenheit in jedem Stadium eines Verurteilten bestehen, nach der Entscheidung der Richter, die Angelegenheit nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens. In der Verhandlung ist das Mundstillsprechungsrecht durchzuführen. Wir brauchen Kautelen gegen den irrenden Richter. Wir wollen die Möglichkeit der Militärreformordnung, deshalb verlange das Centrum eine gründliche Umarbeitung der Vorlage. Er beantrage die Verweisung derselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Puttkamer-Banck (Centr.): Er glaube, daß solche Eingriffe besser in der Kommission als im Plenum verhandelt werden. Bei dem Vordere sei nur der Jurist zum Durchbruch gekommen, der nicht genügend Kenntnis von den Einrichtungen und dem Empfinden des Heeres habe. Die konservative Partei behalte sich ihre Entscheidung bis nach den Kommissionsberatungen vor. Die Reichsgerichte der Militärreformordnung seien Abänderungen der Vorlage zuzulassen und habe in dem meisten Punkten eine vom Vordere abweichende Auffassung. Die Armee sei für eine Partei ein noch so tangere, das vor jeder Entscheidung bedacht werden müsse. Er fordere die Regierung an, der sogenannten öffentlichen Meinung seine weitere Konsultation zu machen. Er wolle nicht, daß die Vorlage gleich abgelehnt, gleich abgelehnt gegenüber, werde sie aber ohne Vorbereitung beschließen, da sie in der Vorlage seiner Ansicht des Kommissars eingebracht ist. Namentlich richten sich die Bedenken gegen die nun eingetragene bürgerliche Gerichtsbarkeit, die doch nicht werden wird, den Angelegenheiten auf die Armee neue Bedeutung zu geben, die sich nicht in der bürgerlichen Gerichtsbarkeit ein einschneidendes Fortschritt, weil sie den Richtern ein selbstständiges Urteil sichern gegenüber der Autorität des Militärgerichts, Unteroffiziere und Gemeine seien aus den Gerichten befreit, wenn die Räte Anträge auf Wiederübernahme stellen wollen, werde keine Partei zustimmen. Ein Bedürfnis zu einer Reform der Militärreform sei nicht vor, sondern nur eine Konsultation an die öffentliche Meinung. Auch die Armee selbst verhalte sich kühl. Sobald die Vorlage irgendetwas die militärischen Interessen verlege, sei sie vom Hebel. Das militärische Element müsse unter allen Umständen das Uebergewicht über das zivile haben, darin liegt gerade die Ehre der Armee. Der Senat muß nicht, daß die Vorlage nicht nur die militärische Autorität, deshalb gehe er jetzt vor ein Militärgericht, ob es sich nun um ein militärisches oder civiles Vergehen handelt. Er wünsche nicht, daß die erworbenen Rechte anderer Staaten angegriffen werden. Will Bayern deshalb seinen obersten Gerichtshof haben, so müsse er ihn gewährt werden. Sollte der Militärreformgesetz über den bürgerlichen Strafrecht ausnahmsweise gemacht werden, so ist die Konsultation der Räte nicht zu haben. Sie habe aber den rechtlichen Willen, in der Kommission an der Vorlage mitzuarbeiten.

Abg. Schröder (Pres. Ver.): Er hoffe, daß man in der Kommission über die Vorlage zu einer Verständigung gelangen werde, auch mit der Regierung. Die lange Vorberathung beweise ja die Schwierigkeit der Materie. Er finde die Behauptung des Abg. v. Puttkamer, daß kein Bedürfnis für die Reform des Militärreformgesetzes vorhanden, ungenügend, nachdem der Reichstag alle Jahre die Regierung aufgefordert habe, endlich an die Reform heranzutreten. Seine Partei siche der Vorlage rechtlich gegenüber als der Abg. Gröber, der sich zu sehr von dem in Bayern bereits bestehenden Zustande habe befreit lassen, sie sei mit der Regierung der Ansicht, daß die Disziplin der Armee nicht angegriffen werden dürfe. Abg. Gröber zeige ein großes Mißtrauen gegen die Zusammenkunft der Gerichte, bei der Regierung zeige sich allerdings dasselbe Mißtrauen gegen die Juristen. (Krieger ist auf der Tribüne sehr schwer verständlich.) Den Antrag Bayerns auf ein Reichsgericht erkenne man als die diesbezügliche, daß Bayern eine eigene Militärgerichtsbarkeit habe, so laß die Frage nicht durch das Reich geordnet werde. Keiner kritisiert man Einzelheiten, namentlich das Eingreifen des Reichsgerichts, die Auswahl der Verteidiger.

Präsident Bundesrathsbevollmächtigter Graf Verckenfeld: Der Antrag Bayerns auf einen obersten Gerichtshof sei im Bundesrat nicht bestritten, aber auch nicht anerkannt worden. Deshalb habe man im Voraus entschieden, die Frage offen zu lassen. Die ganze Frage muß besten in der Kommission entschieden. Bayern habe unweifelhaft das Recht auf einen obersten Gerichtshof. Das Reich könne diesen zusammenfassen, aber die Rechtsprechung nicht selbst ausüben.

Reichskanzler Fürst zu Stolbenlohe: Bezüglich des Reichsgerichts Bayerns seien Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die aber in freundlicher Weise ausgeglichen werden können. Die

Frage sei in der Schwere gelassen worden und der Reichstag möge dem Bundesrat hierin folgen.

Abg. Fehr v. Hertling (Centr.): Auch er lehne einen großen Theil der Vorlage ab, weil sie in ihrer jetzigen Gestalt vieles nehme, was in Bayern schon längst existiere. Wir müssen genau prüfen, inwiefern wir in der Aufrechterhaltung unserer Institutionen stehen dürfen. Das Reichsgericht, eines obersten Militärgerichtshofes zu besitzen, könne Bayern nicht bestritten werden und werde am besten gleich in diesem Gesetz festgelegt, anstatt daß man diese Frage in der Schwere lasse. Bayern halte unbedingt an dem bestehenden Recht fest, was auch Fürst Reichard anerkannt hat. Das Reichsgericht, eines obersten Reiches müsse aufrecht erhalten bleiben.

Hierzu mit Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Eine Reihe kleinerer Gesetze und Rechnungsachen, danach Fortsetzung der heutigen Verhandlung.)

Ende 7/8 Uhr.

Anslaud.

Oesterreich-Ungarn.

Die beiden Delegationen werden am 22. d. M. ihre Schlußsitzungen abhalten.

Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm unter Ablehnung der ungarischen Reichsdelegation getrennt die Vorlage über die Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter im allgemeinen an und trat dann in die Verhandlung der Provinzialreform vor. Der Reichsminister führte aus, angelehnt der Kürze der Zeit, welche der Provinzialreform beizulegen ist, sei jede Minute theuer. Der Bundesrat des gemeinsamen Reiches habe mit dem Schluß dieses Jahres auf das neue Verordnungsrecht Ungarns treten ins Leben; auch bestehe das Recht bezüglich der Errichtung eines selbständigen Zollgebietes, doch sei es eine andere Frage, ob Ungarn von diesem Rechte Gebrauch machen werde. (Wärm auf der äußersten Tribüne.) Franz Kossuth erklärte, es sei nicht für jene, die noch immer davon träumen, daß es möglich sei, mit Oesterreich auf einer billigen Grundlage einen Ausgleich zu schließen, nicht klar, fortwährend zu betonen, welche Gefahr ein gesondertes Zollbild für Ungarn enthalte. Der Reichsminister brachte einen Antrag seiner Partei ein, nach welchem die Vorlage abgelehnt und ausgetrieben werden solle, daß Ungarn, die Zollgemeinschaft mit Oesterreich an 1. Januar 1878 aufzuheben, ein selbständiges wirtschaftliches Leben behalte, inwiefern bereit sei, auf dieser Grundlage, sich die gegenseitige Billigkeit vor Augen haltend, mit Oesterreich wegen Aufschusses eines Handelsvertrages in Beziehung zu treten, die mit fremden Staaten geschlossenen Verträge aufrecht zu erhalten und das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bant auf ein Jahr zu verlängern. Kossuth wies der Regierung vor, sie sei geneigt, mit Verlegung in Oesterreich einen Vertrag zu schließen. Die Unabhängigkeitssache könne jetzt den Kampf nicht aufgeben, wo die Früchte des dreijährigen Kampfes zu reifen beginnen. Abgeordneter Laska (Magyar) erklärte, er nehme die Vorlage nicht nur an, sondern er empfehle sie auf das wärmste. Nieher ist überzeugt, daß ein getrenntes Zollgebiet für Ungarn eine weitaus günstige Lage schaffen werde, doch müsse der Zeitpunkt für diese Reform genügend vorbereitet und richtig gewählt werden; er bringe folgenden Beschlusse an: Das Abgeordnetenhaus wolle die Regierung an, 1. innerhalb einer möglichst kurzen Zeit jene Daten und Berechnungen zu veröffentlichten, welche sowohl zur Aufstellung eines ungarischen autonomen Zolltarifs, sowie eines mit Oesterreich abschließenden Tarifs, Handels- und Zollvertrages notwendig sind; 2. einen autonomen Zolltarifentwurf zu beschließen; 3. behufs Errichtung eines selbständigen ungarischen Handels-, Handels-, Gewerbetreibende, Kaufleute zu einer Enquete einzuberufen, damit die unmittelbar interessirten Kreise sich vor der Bestimmung der Modalitäten und des Tarifs eines mit Oesterreich eventuell zu schließenden Handels- und Zollvertrages bezüglich ihrer Interessen und Wünsche frei äußern können. Die Debatte wurde auf heute vertagt.

Schweiz.

Die vereinigte Bundesversammlung in Bern wählte mit 133 von 150 Stimmen Ruffly-Bund (radikal) zum Bundespräsidenten für 1898 und zum Vizepräsidenten Müller-Bund (radikal).

Die Volksabstimmung über den Rücktritt der Eisenbahn wird für den Fall des Bundeskongresses des Jahres am 20. Februar n. J. stattfinden. Wenn der Rücktritt angenommen wird, wird die Bundesversammlung am 12. April zusammenzutreten. Die gegenwärtige Session wird morgen geschlossen.

Großbritannien.

Der „Observer“ erfährt, dem Parlament werde mitgeteilt werden, möglicherweise in der Prozedur, die Regierung sei entschlossen, eine Konferenz der an den Zuckerpriämien der beteiligten Mächte einzuberufen. In der Konferenz werde für angedeutet werden, die britische Regierung sei vorbereitet, wenn das Pächtersystem nicht aufgegeben werde, die Einführung von Kompensationszöllen in Erwägung zu ziehen.

Aus dem Orient.

Der „Temp“ vom 14. d. M. giebt ältere Artikel der griechischen Presse wieder, die sich mit der Wahl des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lothe zum Gouverneur von Kreta beschäftigen. Die „Nord. Allg. Ztg.“ stellt fest, daß den betr. Artikeln nichts anderes zu Grunde liegt, als eine rein persönliche Umgebung eines der amülichen deutschen Politik durchaus fernstehenden Fürst von Kreta. Die in diesem Zusammenhang gegen Deutschlands Haltung in der Kretafrage erhobenen Verächtlichkeiten müssen als gänzlich unbegründet zurückgewiesen werden.

Die türkischen Verhandlungen mit der Ottomanbank wegen eines Fortschusses sind bisher ergebnislos geblieben. Um dem steigenden Geldbedarf abzuhelfen, sind 100,000 Pfund aus dem in der Ottomanbank deponirten durch Subscripition für die Armee gebildeten Kriegsfonds entnommen worden.

Das von dem König von Griechenland ratifizierte Friedensinstrument soll von Athen nach Konstantinopel mittels eines besonderen Schiffes gebracht werden, das, wie verlautet, am Donnerstag abgehen sollte.

Mien.

Die chinesische Regierung wird in Peking eine Universität und in verschiedenen Provinzen Realschulen mit vierjährigem Kursus errichten. Eine diesbezügliche Vorlage ist bereits vom Kaiser untergezeichnet. Die ausländischen Professoren werden kurze in der englischen, französischen, deutschen und russischen Sprache abhalten.

In Persien herrscht, wie der „Times“ aus Teheran ge-

meldet wird, im Bezirk Buschir große Erregung wegen dort weggenommener Beschlagnahme von Waffen. Es bestand dort ein Stimmungsandel mit Waffen, der zur Folge hatte, daß die Stämme auf beiden Seiten des persischen Golfs mit Waffen versehen wurden, und so eine Stelle großer Gefahr bildeten. Die britischen und persischen Behörden haben 18,000 Mann in Buschir getroffen, welche in Persien günstig bearbeitet werden. 4000 Gewehre mit Munition im Werthe von 25,000 Pfund Sterling wurden aufgefunden und beschlagnahmt. Der britische Resident ist auf dem Depeschenhofs „Konore“ nach der Westküste abgegangen, um den Wörder des Feindes „Verebers“ Graves auszuforschen. Der persische Dampfer „Persepole“ ist mit persischen Truppen an Bord vor einer Woche abgegangen; man hofft, daß die Wörder ergriffen und bestraft werden.

Bermischtes.

Eisenbahn-Unfall. Der „Oberbischöfliche Banker“ bringt folgende amtliche Meldung der Königlich Eisenbahninspektion Karlsruhe: Heute (Donnerstag) verunfallte gegen 5 1/2 Uhr auf der von Wangen nach Göttingen-Göttingen 1814 durchgehenden auf Holt führende Abtheilung des Reichsbahnes ein Zug auf dem Schluß des im Bahnhofs hielten Güterzuges Nr. 112 auf. Personen wurden nicht verletzt. 10 Güterwagen entgleiten, 10 Güterwagen wurden stark, eine Lokomotive und 7 Güterwagen der Schienen und dadurch verunfallte durch Beschädigung der Schienen und dadurch verunfallte durch Beschädigung der Schienen.

Verbrechen und Unfälle. Bei Sohran in Oberösterreich wurden die Arbeiter Bergeda und Gregert festgenommen, welche die Eisenbahn in der Nähe von Sohran, sowie nach viele andere schwere Einbrüche ausgeführt hatten. Die Verbrechen, welche im Jahre 1897, bei dem Kassenraube auf dem Eisenbahnhofs, und theilten das Gold- und das Silbergeld. Der Maurer Gurek feierte in seine Frau Marie (Oberbischöfliche) infolge eines Streites auf seine Frau Marie Wierock zwei Revolverkugeln ab, welche das Mädchen tödteten. In die Schiffe trafen. Der Wörder ist flüchtig. — Durch die Schiffsahrt bekannt wurden am Mittwoch in Dobra Point 7 Personen aufgefunden. Eine Frau von 64 Jahren war bereits todt, die übrigen wurden in Lebensgefahr.

Letzte Telegramme.

Berlin, 17. Dez. Der Kaiser und Prinz Adalbert trafen mit Sonderzug heute nacht um 1 Uhr auf der Wilmersparkstation ein.

Wien, 16. Dez. Der Kaiser ernannte den Statthalter a. D. Geheimrath Freiherr von Loeb zum Minister ohne Portefeuille.

Paris, 17. Dez. Der Romanist Alfred Assolant ist infolge eines Herzleidens am 16. Dez. im Kreise seiner Familie in Folge eines Herzleidens plötzlich gestorben.

Alphonse Daudet, einer der hervorragendsten französischen Romanisten, geb. 13. Mai 1840 zu Nîmes, war bereits 1857 nach Paris gekommen und hatte sich dort bald Aufsehen erregt. Mit Bekanntschaft der Kaiserin Eugenie machte ihn der Herzog von Nemours zu seinem Sekretär und gab ihm Gelegenheit, auf Reisen in Italien und im Orient die Welt und die Menschen kennen zu lernen. Nachdem einige Zeit in Paris, London und Genua verbracht worden, erlangte er mit einem Schilge die Dichterkunst des Schaffens und die Anerkennung als einer der ersten Schriftsteller des modernen Frankreich mit dem von der Akademie preisgekröntem „Germont“, „Promont jun.“ und „Häler sen.“, worin er an die Größe der Beobachtung und Genauigkeit der Darstellung der herkömmlichen Realisten gleichkam, während er sie durch Lebenswahrheit der Charakteristik, Richtigkeit der Darstellung und sympathischen, wenn auch bisweilen herben Humor weit übertraf. Von seinen zahlreichen späteren Romanen und Erzählungen nennen wir u. a.: „Briefe aus meiner Jugend“, „Der Abenteuer des Herrn Fortin“, „Der Tarsant“, und „Astartin in den Alpen“. In denen er die wunderbaren Thaten eines modernen Wüchschens schildert und die menschlichen Willkür von Tarsant mit fälschlichen Humor verparodiert. In deutscher Uebersetzung sind die genannten Werke in der „Bibliothek der Gesamtliteratur des In- und Auslandes“ (Galle, Henckels Verlag) erschienen.

London, 16. Dez. Die Maschinenbauer-Konferenz hat heute den die Vorschläge enthaltenden Bericht angenommen, welche nach Ansicht der Arbeitervertreter mit einer einzigen Ausnahme den Arbeitern als annehmbar erdienen dürften. Diese Ausnahme bezieht sich auf das Prinzip kollektiver Kontraktabschlüsse, welches den Arbeitern bei dem Einzelvertrage kaum durchzuführen erscheint und bezüglich dessen Vertreter der Arbeitgeber bereits mündliche Abänderungsvorschläge gemacht haben.

London, 17. Dez. Der Schachspieler William Terrill, der gestern Abend im „Academy Club“ die Hauptrolle des Dramas „Secret Service“ spielen sollte, wurde beim Eintritt ins Theater erdolcht. Der Stich drang in das Herz ein und der Tod Terrills erfolgte nach einer Viertelstunde. Der Mörder wurde verhaftet; wie verlautet, ist es ein ehemaliger Angestellter des Theaters.

Madrid, 16. Dez. Heute fand ein Ministerrath im Palais statt. Ministerpräsident Sagasta bestätigte die Verschmelzung der Parteien der Autonomie und der Reformisten auf Kuba unter dem Namen „liberal-autonomistische Partei.“ Ferner theilte Sagasta wichtige Depeschen über die Unterwerfung von Aufständischen auf den Philippinen mit. Eine in Extrablättern veröffentlichte Depesche aus Manila von gestern besagt, daß der Führer der Aufständischen Aguinaldo an alle Aufständischen die Weisung ergehen ließ, sich zu unterwerfen. Ferner meldet die Depesche, daß die Unterwerfung am 25. d. erfolgen werde und daß sich Aguinaldo mit den anderen Mitgliefern der sogenannten Regierung der Aufständischen an demselben Tage nach Hongkong einschiffen werde.

Petersburg, 16. Dez. Der Rücktritt des Kriegsministers Wagnowoff gilt als fast bevorstehend. Heute verlautet, daß General Wagnowoff durch den Generalfeldmarschall Drukschow und dieser weiter durch den Oberbefehlshaber und Gouverneur von Transkaukasien, Karapatin, ersetzt werden soll, beide zunächst interimistisch.

Konstantinopel, 16. Dez. Der Friedensvertrag ist heute vom Sultan unterzeichnet worden.

Batavia, 16. Dez. Das Kabinett hat demissionirt. Pedro Morelet ist mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Pfungskräuter Bod-Alc, altertloses Talschier (hell wie Wisener) hell ockrot und sehr rein im Geschmack, die Perle aller Vierz.
Pfungskräuter Würzenbier, hell wie Wiener Würzen feinstes Talschier, vorzüglich im Geschmack.
Pfungskräuter Kaiserbräu, Farbe wie die Würzenbier und tiefen in Qualität nicht nachstehend, ein feines vorzügliches Bier, Anzeigbes

empfeilt in vorzüglicher Qualität in Gebinden und Flaschen
E. Lehmer, Halle a. S.,
Bülbergasse 2, an der Großen Mühlstraße 18.
Telephon-Nr. 238.

Arnold & Troitzsch

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 1, am Kleinschmieden.



Wir empfehlen zu **Weihnachtsgeschenken** besonders geeignet:

Teppiche in Germania, Tapestry, Brüssel, Velour, Axminster, Tournay-Velour, Smyrna-Teppiche. **Tischdecken.**

Portièren — Gardinen — Stores
Decorationsstoffe.

Prachtvolle Muster in gestickten Decorationen.

Fertige Fenstermäntel mit schönen Borden von Mark 3,75 an.
Angorafelle, prachtvolle Stücke, und **Chines. Ziegenfelle.**

Reisedecken — Reiseplaids — Schlafdecken.

Gummi-Tischdecken,
Wandschoner,
Schürzen.

Linoleum-Teppiche,
Vorlagen,
Läufer.

Läuferstoffe — Cocosmatten — Cocoläufer.

Fussbänke
mit Wärmehassin.

Arnold & Troitzsch

Kissen
und Fussstaschen.

Halle a. S.

Gr. Ulrichstr. 1, am Kleinschmieden. — Fernspr. 485.



Wilh. Heckert,

Gr. Ulrichstraße 2,
empfiehlt in großer Auswahl

Eisenferne Kinder-Kochherde
mit email. Kochgeschirren, komplett, von
3 Mark an. Fein angefertigte Herde,
vernickelt u. emailt, komplett, u. 9 Mark an.



**Eisenblech - Kinder - Koch-
Geschirre u. Service,**
in Cartons zusammengehelt.

Holz-Küchengeräte,
extra solide Ausführung, wie Abbildung,
15- und 20teilig.



**Eiserne Puppenbetten
und Puppenwiegen,**
zusammenlegbar, fern transportiert, mit Rollen
von 4 Mark an.



**Eiserne Stuhlschlitten und
Kassenschlitten,**
elegant lackirt, von Mk. 2,50 bis 25 Mark.



Schlittschuhe,
„Goudor“, „Eisreant“,
„Eisreant“, „Merkur“,
„Eisb“, einfach und
ff. vernickelt.

H. Langrock Nachf.,

Mittelstraße 1, an der unteren Zeilstraße,
empfiehlt als Specialität solide ein u. zweifelhinge

Rutsch-Geschirre,

schwarzlackirt, neuflüßerne u. silberplattirte Geschirre
in allen Preislagen.
Zugleich empfiehlte nur selbstgefertigte Sattel
in allen Preislagen.
Anerkannt niedrige Preise.



Inh. C. Feistkorn,
Sattlermeister,



Glacéhandschuhe

solides eignes Fabrikat
empfiehlt

Christian Voigt

Halle a. d. S.,
Schmeerstrasse 21.

Aug. Weddy,

Loipziger Str. 22.



Abreisskalender pro 1898 à 30 Pfg.



Uhrenfabrik UNION Glashütte i. S.
Feinste Präzisions-Taschen-Uhren und Chronometer.
Zu beziehen durch alle guten Uhrengeschäfte.



Documenten- Mappen,

Calicoeband
Stück 3-5 Mark,
Lederband
Stück 10-20 Mark.



C. Hammer,

42 Leipziger Str. 42.
Spezialität:
Zackenschneid-
Cylinder, Remontoir,
mit Goldrand
10 Mk. 10 Mk.
3 Jahre Garantie.
Reparaturen:
Jeder einlegen 1 Mk.
Glas, Feiner, Uhrwerk
à 10-30 Mk.

Die nach neuestem System, ganz in
Eisen gebauten, kruzstättigen
Trantwein-Pianos,
in allen Gauen Deutschlands rühmlichst
anerkannt, liefert bei 10 Jahr. Garantie
zu ausserordentlich billigen Original-
fabrikpreisen die hiesige Filiale
Gustav Krompholz, Halle,
Coulanteste Zahlungsbedingungen
ganz nach Wunsch. (ad)

Billigste Preise.



Billigste Preise.

Flaschen,

wie
Wein-Flaschen,
Bier-Flaschen,
Selters-Flaschen,
Liter-Flaschen,
nebst Glasverrichtungen,
Medicinalgäser,
Demyohns
empfiehlt

Gustav Becker,

Alleinvertriebung
der Glashütte Didduburgschen,
Poststr. 18, Fernsprecher 622.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung
finden sich
St. Gertraud, Neue Promenade 1 und
Markt 24 (Wagnerbühne).



Houbens Gasheizöfen

Aachener Gasbadeöfen.

Prospekte gratis. — **J. G. Houben Sohn Carl, Aachen.**
Wiederverkäufer an fast allen Plätzen.

D. R. P. mit neuem Muschelreflector.
Grösste Gasausnutzung. — Gleichmäss. Wärmevertheilung.
25.000 Stück im Betrieb.



Für den Anzeigenschein verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Gendel.

Mit Beilage und Unterhaltungsblatt.